„Die jungen Leute motivieren“

Interviews mit den jugendpolitischen Sprechern zum Jugend-Landtag

Zum 1. Jugend-Landtag kommen junge Bürgerinnen und Bürger aus ganz Nordrhein-Westfalen im Düsseldorfer Landesparlament zusammen. Dort nehmen sie auf den Stühlen der Abgeordneten Platz, um selbst über für sie wichtige Themen zu debattieren und zu entscheiden. So können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die parlamentarische Arbeit unmittelbar erleben und sich im Plenarsaal direkt für ihre Interessen engagieren. Wie wichtig die politische Teilhabe von Jugendlichen für die Parteienlandschaft und die Demokratie in Nordrhein-Westfalen ist, das fragte „Landtag intern“ die jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen, Marie-Theres Kastner (CDU), Wolfgang Jörg (SPD), Christian Lindner (FDP) und Andrea Asch (GRÜNE).

Wolfgang Jörg (SPD)

Das Durchschnittsalter der Landtagsabgeordneten beträgt rund 52 Jahre. Ein Grund mehr, das Interesse junger Menschen an parlamentarischer Arbeit zu wecken?

Kastner: Das würde ich unterstreichen. Doch mir persönlich ist zugleich wichtig, dass jemand, der in einem Parlament sitzt, auch weiß, wovon er redet. Ein Parlamentarier muss zuvor Erfahrungen an der Basis gesammelt haben, und er muss einen beruflichen Hintergrund besitzen, um nicht abhängig von seinem Abgeordnetenmandat zu sein. Die politischen Entscheidungen werden besser, wenn man selber einen Beruf hat, in den man zurückkehren kann.

Jörg: Das Alter als solches wird sicherlich nicht politisches Interesse von Jugendlichen auslösen. Aber es ist natürlich eine Herausforderung für die Parteien, Jugendliche in die Parlamente zu holen.

Marie-Theres Kastner (CDU)

Lindner: Zum einen können die Abgeordneten vom Austausch mit Jugendlichen profitieren, weil sie Probleme in unserer Gesellschaft anders sehen als etablierte Politiker, und weil sie aus einer anderen Generation kommen. Zum anderen kann ein Kennenlernen des parlamentarischen Arbeitens einen so wichtigen Beitrag zur politischen Bildung leisten, dass Jugendliche sich eher motiviert fühlen, selbst Partei für ihre Interessen zu ergreifen.

Asch: Das Durchschnittsalter kann natürlich nicht der einzige Grund sein. Wir müssen tatsächlich sehr viel mehr dafür tun, dass sich junge Leute für Politik interessieren, dass sie sich engagieren und in die politischen Ämter hineingehen – sei es in der Kommunalpolitik oder in der parlamentarischen Arbeit auf Landesebene. Es ist gut und wichtig, dass die verschiedenen Lebensphasen durch Abgeordnete abgebildet werden. Jede Lebensphase hat ihre speziellen Sichtweisen und Probleme, und deshalb müssen auch junge Leute in den Parlamenten mitarbeiten. Ebenso gehören natürlich auch ältere Leute dazu, weil durch den demographischen Wandel verstärkt gesellschaftliche Probleme auf uns zukommen. Ich halte daher einen guten Mix für angebracht.

Junge Leute sollen, das ist Konsens, früh an Verantwortung und Mitgestaltung in der Politik herangeführt werden. Also: Wann kommt in NRW das Wahlrecht ab 16?

Kastner: Wenn es nach der CDU geht, dann kommt das Wahlrecht ab 16 nicht. Statistiken zeigen: Je älter die Menschen werden, desto größer werden ihre Wahlaktivitäten. Das Interesse mit 16 ist auf andere Dinge gerichtet, wie zum Beispiel den Führerschein. Es gibt viele Wege, wie man Jugendliche an politische Mitwirkung heranführen kann, zum Beispiel über Jugendparlamente, auch über die Mitwirkung in Bezirksvertretungen, Schulgremien und berufsständischen Vereinigungen. Ich habe nicht den Eindruck, dass es von besonderem Gewinn ist, wenn man schon mit 16 seine Stimme abgeben kann. Schon in den Stadtparlamentswahlen hat sich gezeigt, dass die 16-Jährigen von ihrem Wahlrecht nicht in der erhofften Weise Gebrauch machen.

Jörg: Diese Forderung haben wir als Partei auch per Antrag ins Parlament eingebracht. Das ist ein Schritt, um Jugendliche früher an Verantwortung gegenüber unserem Land zu binden. Aber ich finde, man darf Jugendlichen nicht zu viel zumuten. Mit 16, 17 Jahren passieren ganz viele wichtige Dinge im Leben, die für die Jugendlichen noch wichtiger sind als Politik: die erste Freundin, der erste Freund, vielleicht das erste Moped, Ausbildung und Schule. Jungen Menschen dann abzuverlangen, dass sie sich umfangreich für politische Interessen einzusetzen haben, ist etwas viel. Keine Frage: Ich

freue mich über jeden Jugendlichen, der zu uns kommt. Aber ich verstehe auch jeden, der sagt: Erstmal muss ich mein Leben so sortieren, dass ich die Kapazitäten habe, mich politisch einzubringen. Hinzu kommt: Wer früh in ein Parlament einzieht, dessen Leben verändert sich auf dramatische Art und Weise. Es gibt dann die Situation, dass man keine Sicherheit in der Lebensplanung mehr hat, weil man dieses Amt immer nur für fünf Jahre bekommt und sich dann erneut stellen muss.

Lindner: Der Jugend-Landtag zeigt, dass das Wahlrecht ab 16 eben nicht das einzige Instrument ist, um Jugendliche auch für die Landespolitik zu gewinnen. In der Kommune haben wir das Wahlrecht ab 16, weil Jugendliche die örtliche Situation überblicken können. Im Land haben wir es nicht, und bezeichnenderweise hat ein Großteil der Jugendlichen bei einer der letzten Shell-Jugendstudien gesagt, dass sie dieses auf Landes- und Bundesebene für keine gute Idee halten. Besser ist es also, Projekte wie den Jugend-Landtag weiterzuentwickeln.

Fotos: Schälte

Christian Lindner (FDP)

Asch: Wenn es nach uns Grünen ginge, käme es sofort. Wir haben das im Landtag schon mehrfach beantragt. Wir sind Befürworter des Wahlalters ab 16, weil wir sehen, dass andere Länder es uns vormachen. So können zum Beispiel Jugendliche in Österreich schon ab 16 Jahren an den Wahlen zum nationalen Parlament teilnehmen. Wir halten es für absolut notwendig, dass auch hier auf Landesebene ab 16 Jahren gewählt werden darf. Wenn wir fordern, dass sich junge Menschen als mündige Bürgerinnen und Bürger an der Demokratie beteiligen, dann müssen wir ihnen auch entsprechende Beteiligungsrechte geben. Das Wahlrecht ab 16 ist ein ganz wesentliches.

Früher gab es die „Frauenquote". Brauchen wir jetzt so etwas wie eine „Jugendquote" für die Parteien?

Andrea Asch (GRÜNE)

Kastner: Ich habe nie zu den Verfechtern dieser Quoten gehört. Eine Partei muss sich Gedanken darüber machen, dass sie mit ihren Abgeordneten das gesamte Spektrum der Bevölkerung vertritt. Und wenn eine Partei das nicht schafft, muss sie umsteuern. Unsere jungen Leute haben in allen Parteien ihre Vertretungen, genauso wie mittlerweile die Seniorinnen und Senioren. Ich kenne dieses Miteinander in den Landesvorständen. Der Grundsatz der Gesamtbeteiligung aller Gruppen sollte bei der Aufstellung der Kandidatenlisten berücksichtigt werden.

Jörg: Ich halte viel von einem Mehrheitsprinzip. Und dieses Mehrheitsprinzip ist nicht umsonst der Kern unserer Demokratie. Wir haben als Partei in der Frage der Frauenquote eine Ausnahme gemacht. Da haben wir das Gleichheitsprinzip über das Mehrheitsprinzip gesetzt. Dabei sollte es bleiben, denn ansonsten zerschneiden wir unsere gesamte Partei in Gruppen. Dann hat man das Mehrheitsprinzip aufgegeben, und das dürfen wir als Demokraten nicht verlassen.

Lindner: Ich bin sehr im Zweifel, ob Quoten generell das richtige Instrument sind. Mindestens bei der Jugendquote melde ich Bedenken an. Die Parteien sind demokratisch organisiert. Jeder hat die Möglichkeit, dort für seine Anliegen zu werben. Ich kenne keine Partei, die einen engagierten, qualifizierten, sympathischen Jugendlichen nicht gerne aufgenommen und ihm nicht gerne Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet hätte. Insofern liegt es beim einzelnen, für seine Person und seine Positionen in den Parteien Mehrheiten zu organisieren. Und das gelingt – auch hier im Landtag, wo es ja trotz des hohen Durchschnittsalters eine ganze Reihe von jüngeren Kollegen unter 40 Jahren gibt.

Asch: Ich würde in dieser Frage nicht mit Quoten arbeiten. Wir haben als Grüne so eine Quote nicht. Und trotzdem gelingt es uns immer wieder, qualifizierte, junge Leute zu motivieren, sie für die Parlamente und die Kandidaturen zu gewinnen und sie auf aussichtsreiche Listenplätze zu bringen. Bestes Beispiel ist Anna Lührmann, die mit 19 Jahren als jüngste Abgeordnete in den Deutschen Bundestag einziehen konnte.

Die Interviews führten Jürgen Knepper, Christoph Weißkirchen und Sebastian Wuwer.